IPG

BILANZ DER OSTERWEITERUNG 27.10.2014

Die EU: Mehr als eine Reichtums-Vermehrungs-Agentur!

Europa ist auch und vor allem ein Europa der Werte. Und die müssen für alle gelten.

Für EU-Verhältnisse hat die Union damals ziemlich schnell reagiert: Nur drei Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verabschiedeten die Mitgliedsländer am 22. Juni 1993 die Kopenhagener Kriterien. In ihnen wurde festgelegt, auf welcher Grundlage der Erweiterungsprozess der Europäischen Union fortgeführt werden sollte. Im Rang eines Verfassungsprinzips fanden dann sechs Jahre später ein Großteil dieser Kriterien per Amsterdamer Vertrag Eingang in den EU-Vertrag.

Nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion sollte das vormals geteilte Europa wieder eins werden - mit einem Mehr an Sicherheit, Frieden und Wohlstand, argumentierten die Befürworter einer Osterweiterung. Dagegen beschworen die Kritiker das genaue Gegenteil: Es werde nicht mehr Wohlstand, sondern mehr Armut geben. Bei allen Kontroversen stand längst fest: Die Europäische Union sollte weit mehr sein als eine Reichtums-Vermehrungs-Union.

Die EU gründet sich auf Werte

In Artikel 2 der EU-Verfassung heißt es: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“ Und in Artikel 49 ist zu lesen: „Jeder europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte

achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden."

Die Europäische Union sollte weit mehr sein als eine Reichtums-Vermehrungs-Union.

Werte wie Demokratie, Freiheit, die Gleichheit von Männern und Frauen, der Schutz der Menschenwürde und der Rechte von Minderheiten, um nur einige zu nennen, sollten von allen Staaten im gleichen Maße geteilt werden wie der Wunsch nach wirtschaftlicher Prosperität. In der Politik sollten diese Werte eigentlich sogar vor dem Streben nach Wirtschaftlichkeit stehen. Leider gerät dies zehn Jahre nach der Osterweiterung mancherorts zunehmend ins Hintertreffen.

Ungarn auf Abwegen

Besonders Ungarn spielt unter seinem Präsidenten Viktor Orbán schon seit einigen Jahren diesbezüglich eine unrühmliche Rolle. Orbán und seine rechtskonservative Fidesz-Partei kamen 2010 mit einem fulminanten Wahlsieg an die Regierung. Seine große parlamentarische Mehrheit nutzte er jedoch skrupellos, um die Axt an die jungen demokratischen Instanzen seines Landes anzulegen.

Bereits 2011 wurde die Verfassung geändert, bald darauf das Pressegesetz und das Gesetz über die Notenbank Ungarns. Die Repressionen gegen Sinti und Roma, Lesben und Schwule wurden verschärft, deren Demonstrationsfreiheit eingeschränkt. Ein ranghoher Parteifreund Orbáns verglich Angehörige der Roma mit Tieren als er sagte: „Diese Tiere sollen nicht sein dürfen. In keiner Weise. Das muss gelöst werden – sofort und egal wie."

Für ernsthafte Konsequenzen sieht man in der EU bislang keinen Anlass. Dabei sind die beschriebenen Entwicklungen und Exzesse mehr als nur besorgniserregend und mit Sicherheit entsprechen sie nicht dem, was mit der energisch betriebenen Osterweiterung angestrebt wurde. Einer wie Orbán, der erst kürzlich wieder erklärte, das westliche Modell liberaler Demokratie habe ausgedient und der als Vorbilder für die Zukunft China, Russland, Singapur und die Türkei nennt, ist nicht nur ein schwieriger Partner innerhalb der EU, er kann sich auch noch weitgehend unwidersprochen in dieser Form gerieren. In einer Rede verkündete er das Ende der liberalen Demokratie für Ungarn und den

„Aufbau eines illiberalen Staates“, in dem „die Nation und die Gemeinschaft der Ungarn im Mittelpunkt“ stünden.

Das irritiert nicht nur, es lässt die hehren Ambitionen der Kopenhagener Kriterien zum zahnlosen Papiertiger werden.

Es muss deutlich werden, dass die Europäische Union zu ihren gemeinsamen Werten steht und sich nicht von ihnen abbringen lässt.

Artikel 7 des EU-Vertrages ermöglicht es, einem Mitgliedsstaat zeitweilig sein Stimmrecht zu entziehen, wenn er die Grundrechte der EU eindeutig zu verletzen droht oder bereits verletzt. Davon sollte Gebrauch gemacht werden.

Es muss deutlich werden, dass die Europäische Union zu ihren gemeinsamen Werten steht und sich nicht von ihnen abbringen lässt. Die konservativen Parteien in Europa, darunter auch die deutsche CDU bzw. CSU, sollten sich gut überlegen, ob sie wirklich mit einer Partei wie der Fidesz „befreundet“ sein wollen. Die Entscheidung darüber wäre von grundsätzlicher Natur. Will man ein zukünftiges Europa, in dem man lediglich einen gemeinsamen Markt und sonst nichts teilt, so wie es sich auch der britische Premierminister David Cameron wünscht? Oder wollen wir eben doch ein Europa, das vor allem auch auf gemeinsamen Werten basiert?

Besorgniserregende Situation für Sinti und Roma

Diese gemeinsamen Werte müssen selbstredend für jedermann gelten, auch für Sinti und Roma. Deren Situation in der EU gibt Anlass zur Sorge. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International warf EU-Staaten wie Frankreich und Tschechien vor, Roma nicht ausreichend zu schützen. In Griechenland gehe die Polizei selbst mit „rassistischer Gewalt“ gegen Roma vor. Der französische Premierminister Manuel Valls sagte im vergangenen Jahr: „Diese Leute haben einen Lebensstil, der sich von dem unsrigen extrem unterscheidet. Deshalb sollten sie nach Rumänien oder Bulgarien zurückkehren.“ Nichts davon entspricht dem, was sich die Länder einst als Werte versprochen hatten.

Doch trotz der schwierigen Situation in einzelnen Ländern sollte die Europäische Union eine offene Union bleiben. Strebt ein souveräner Staat auf Basis demokratischer Entscheidungen eine Mitgliedschaft in

der EU an, muss das Bestreben dahin gehen, diesen Staat auch Teil der Gemeinschaft werden zu lassen. Dem einst selbst verordneten Wertekorsett der EU muss dabei und auch später immer wieder auf ein Neues Geltung verschafft werden.

Ausgrenzung, Menschenhass und die Verfolgung von Minderheiten können nicht toleriert werden. Nur dann wird es ein dauerhaft friedliches Zusammenleben in Europa geben und nur dann kann man sagen, dass die Entscheidung zur Erweiterung von Erfolg gekrönt ist.

5 LESERBRIEFE

Löwenschmerz schrieb am 28.10.2014

Dank und Respekt an Herrn Liebig für die klare Ansage in Richtung Ungarn. Was sich dort abspielt ist ein Skandal, dem hier viel zu lange zugeschaut worden ist!

emil schrieb am 28.10.2014

Menschenwürde als Wert der EU, da kann man nur zustimmen. Zu solcher Menschenwürde gehört natürlich auch, dass sich jeder, wirklich jeder als wertvolles Mitglied dieser Wertegemeinschaft fühlen kann. Und wertvoll fühlen kann man sich prinzipiell nicht, wenn man ausgegrenzt, aussortiert wird. Das betrifft leider nicht nur Ausnahmen wie Sinti und Roma, Flüchtlinge

aus fernen Ländern, sondern natürlich alle Europäer, die keine Lebensperspektive sehen, weil sie arbeitslos oder arm sind, vielleicht in Zukunft dazu verdammt sind. Gegen diesen Skandal hoher Arbeitslosigkeit tut die offizielle EU-Politik gar nichts, belässt es bei Beschwichtigungsformeln für das gemeine Volk und rettet dafür mit unsinnigen Milliardenbeträgen Banken und Zocker; und dabei wird die nächste Finanzblase wieder aufgeblasen, weil sich die Schere zwischen arm und reich immer weiter öffnet, die Krise ist nicht ausgestanden, und die Profiteure stehen schon wieder bereit zum Abkassieren. Nicht einmal das für jedermann einsichtige Mittel von Eurobonds wird überhaupt diskutiert, jenes Mittel, das der Spekulation gegen einzelne Euroländer schlicht die Grundlage entzieht. Die EU-Kommission zerstört mit ihren sog. Freihandelsverträgen die Grundlagen der freiheitlichen Grundordnung demokratisch verfasster Staaten, indem sie die ordentliche Gerichtsbarkeit aushebelt und Schiedsgerichte bei rechtlichen Streitfragen zulässt, wenn ein Unternehmen durch staatliches Handeln seine Gewinnchancen beeinträchtigt sieht: da mag ein Parlament Mindestlöhne beschließen, Kinderarbeit verbieten, Gesundheitsstandards verantwortungsvoll

festlegen, den Ausstieg aus der Atomwirtschaft beschließen usw., das alles mindert doch Gewinne und muss Staaten zu Straf- oder Kompensationszahlungen verpflichten. Und mit der dummdreisten Austeritätspolitik wird die Begeisterung für solche Wertegemeinschaft wirklich nicht gefördert. Wäre das wenigstens rational, mit gesundem Menschenverstand nachvollziehbar! Aber nicht einmal die Grundsätze der Buchhaltung werden von diesen Unverantwortlichen beachtet: da gibt es nämlich immer zwei gleiche Seiten wie Einnahmen und Ausgaben, Geldvermögen und Geldschulden (wie immer abgegrenzt), Exporte und Importe, das addiert sich immer zu Null. Wenn man Ausgaben kürzt, dann vermindern sich die Einnahmen an anderer Stelle um mindestens denselben Betrag, wenn alle Geldschulden getilgt sind, dann gibt es auch kein Geldvermögen mehr , und die Wirtschaft ist kollabiert. Wo gibt es in dieser Wertegemeinschaft noch den Glauben an das Primat der Politik? - Wirtschaft funktioniert nämlich in modernen Massengesellschaften nur, wenn alles wirtschaftlich Relevante gesetzlich von der Politik (wem sonst?!) geregelt wird und ist. Dabei müssen untaugliche Gesetze kassiert werden und durch zielführende ersetzt werden. Für die Politik gibt es da

schlicht nicht mehr die Ausrede von den Sachzwängen, dabei kann es sich doch nur um Selbstfesselung handeln. Aufgeklärte Wahlbürger sollen und dürfen der Politik national wie international nicht erlauben, dass sie sich aus der Verantwortung stiehlt. Und die ökonomisch halbwegs Gebildeten unter den Politikern sollten bemerkt haben, dass es nach Abschaffung des Goldstandards nur noch fiat-money gibt, dass sich die staatliche Theorie des Geldes in der Realität durchgesetzt hat, nach der Geld ein staatliches Konstrukt ohne eigenen Wert ist. Modern Monetary Theory hat diesen Chartalismus weiterentwickelt und mit dem Konzept der Jobgarantie verbunden; MMT kommt schlüssig zu der Feststellung: ein souveräner Staat mit eigener Währung hat nie Schwierigkeiten bei der Finanzierung seiner Ausgaben und Aufgaben, falls er sich nicht in fremder Währung verschuldet; als Herausgeber der eigenen Währung ist er im Prinzip nicht einmal auf Einnahmen durch Steuern, Abgaben oder Schuldverschreibungen angewiesen, diese dienen vielmehr politischen Zielen wie Korrektur von Marktergebnissen, der Verhinderung von Inflation usw..
Vielleicht muss es ja nicht zum Scheitern dieser großartigen Idee von Europa kommen, vielleicht gibt es

unter verantwortlichen Politikern auf allen Ebenen und in allen Ländern ja lernbereite und selbstbewusste Vertreter, die Altbekanntes aufgreifen und das Steuer herumreißen - das Fenster für Erfolg versprechende Weichenstellungen ist nicht mehr zeitlich unbegrenzt geöffnet.

Europe1 schrieb am 29.10.2014

Was die Kritik an der rechtskonservativen und nationalistischen Regierung Orban und der Partei Fidesz anbelangt, einverstanden; noch mehr aber noch sollte hierbei auch die menschenverachtende rechtsextreme Jobbik gennant werden. Dies fehlt. Der Autor und MdB der Partei "Die Linke" war als junger Mensch Teil der DDR und Mitglied der FDJ und gibt nun in gewisser Überheblichkeit Ratschläge über die Freiheit in Europa. Dies macht sein Eintreten für Demokratie und Freiheit nicht ganz so glaubwürdig. Ohne die Freiheit und Einheit Europas nach 1989 wäre er heute kein frei gewählter Abgeordneter.

Er macht es sich gleichzeitig einfach, das Übel und eine Unterdrückung von Minderheiten vorzugsweise nur in

anderen Ländern zu suchen. Wie bewertet denn der Autor und MdB die erschreckende Tendenz eines rechten Mobs in Teilen Ostdeutschlands? Die letzten Landtagswahlen in Ostdeutschland und eine Analyse der Wählerwanderungen haben gezeigt, dass ein Teil der Wähler der Partei "Die Linke" und der AfD vergleichbaren populistischen Vereinfachungen der Politik erliegen. Wo ist da die Verantwortung, auf Populismus zu verzichten? Was zur Glaubwürdigkeit als Kronzeuge für demokratische Grundwerte auch noch fehlt, ist die eindeutige Kennzeichnung der DDR als Diktatur und Unrechtsstaat und eine Kritik am autoritären Gedankengut. Die SPD hingegen war nicht Teil der Blockparteien, nicht kritikloser SED-Nachfolger und als Ost-SPD zusammen mit den Bürgerrechtsbewegungen Teil der Bewegung für die Demokratie.

Apokalipse schrieb am 30.10.2014

Also doch ein Märchen der freien Meinungsäußerung!!

Die EU wird so, per Diktat, nie funktionieren. Jeder muss die Freiheit haben seine Meinung zu äußern,

besonders wen sie kritisch ist und das was ich geschrieben habe war zwar kritisch mit Lösungsvorschlägen aber nicht radikal!!!

Stefan Wehmeier schrieb am 05.11.2014

Der Sinn des Lebens

Zivilisation beginnt erst mit dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb und dem freien Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage. Es darf nur nicht der "Große Investor" gespielt werden,...

Himmel und Erde = Nachfrage (Geld) und Angebot (Waren)
Früchte tragende Bäume = Gewinn bringende Unternehmungen
Baum des Lebens = Geldkreislauf
Baum der Erkenntnis = Geldverleih
Frucht vom Baum der Erkenntnis = Urzins
Gott (Jahwe) = künstlicher Archetyp: "Investor"
Mann / Adam = Sachkapital / der mit eigenem Sachkapital arbeitende Kulturmensch
Frau / Eva = Finanzkapital / der in Sachkapital

investierende Kulturmensch
Tiere auf dem Feld = angestellte Arbeiter ohne eigenes Kapital (Zinsverlierer)
Schlange = Sparsamkeit (die Schlange erspart sich Arme und Beine)
Nachkommen der Schlange = Geldersparnisse
Nachkommen der Frau = neue Sachkapitalien
Kopf der Schlange = Kapitalmarktzins (Sachkapitalrendite)
Cherubim = Denkblockaden

...damit der marktwirtschaftliche Wettbewerb, der für soziale Gerechtigkeit sorgt, nicht durch eine Zinsumverteilung von der Arbeit zum Besitz mehr und mehr eingeschränkt und am Ende die Marktwirtschaft zerstört wird. Wie aber die grundlegendste zwischenmenschliche Beziehung, das Geld, konstruktiv – ohne Urzins – umlaufgesichert werden kann, wusste anfangs noch niemand; also musste der Kulturmensch "aus dem Paradies vertrieben" werden, d. h. dem "Normalbürger" wurde mit der Religion (Rückbindung auf den künstlichen Archetyp Jahwe = Investor) die Unterscheidungsfähigkeit zwischen Marktwirtschaft (Paradies) und Privatkapitalismus (Erbsünde)

vorenthalten, und damit musste auch sein Gerechtigkeitsempfinden gestört werden. Es dauerte eine Ewigkeit, bis der erste studierte "Normalbürger" begriffen hatte, dass eine konstruktiv umlaufgesicherte Indexwährung...

"...der vernünftigste Weg sein (würde), um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden. Denn ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Veränderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuftem Reichtum ergeben. Es würde einem Menschen immer noch freistehen, sein verdientes Einkommen anzuhäufen, mit der Absicht es zu einem späteren Zeitpunkt auszugeben. Aber seine Anhäufung würde nicht mehr wachsen."

John Maynard Keynes, 1935

In einer Gesellschaft, in der die grundlegendste zwischenmenschliche Beziehung seit jeher fehlerhaft ist,...

http://opium-des-volkes.blogspot.de/2012/10/geld.html

...ist alles fehlerhaft, was das menschliche Zusammenleben im weitesten Sinne betrifft, und alle an Hochschulen gelehrten "Wissenschaften", die sich im weitesten Sinne mit dem menschlichen Zusammenleben befassen (Theologie, Politologie, Soziologie, VWL, etc.), sind keine Wissenschaften, sondern Unsinn. In diesen "Wissens"bereichen gehen die Studenten intelligenter in die Verdummungsanstalten hinein, als sie mit "Lizenz zum Unsinn verbreiten" wieder herauskommen. J. M. Keynes, der vom Autodidakten Silvio Gesell weniger als die Hälfte verstanden hatte, hätte ohne sein Hochschulstudium mehr verstanden, hätte dann aber seine "Allgemeine Theorie (der Beschäftigung der Politik)" gar nicht schreiben müssen und wäre nicht von der "hohen Politik" zum "Jahrhundertökonomen" ernannt worden.

http://opium-des-volkes.blogspot.de/2014/11/der-sinn-des-lebens.html